

ionen Boßhols
shlands.
ne
mlung
ds 8 1/2 Uhr
s St. Paulus.
den gegenwärtigen

enbund Deutschlands,
rein Boßhols,
erinnerverein,
rein Boßhols,
in St. Georg.
Liedfrauen,
St. Joseph,
thverein.

richtiges, zuverlässiges
Mädchen
auswärts gesucht.
näheres Geschäftsstelle.

Für sofort
Mädchen
welches schon aus-
geübt hat.
an Carl Bied, Ostwall.

Mädchen
zum baldigen Eintritt ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

in katholisches
Mädchen
für landwirtschaftliche
Arbeiten, zum 1.
Oktober ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

gegen Verheiratung des
einen oder beider ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

Mädchen
für landwirtschaftliche
Arbeiten, zum 1.
Oktober ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

gegen Verheiratung des
einen oder beider ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

Mädchen
für landwirtschaftliche
Arbeiten, zum 1.
Oktober ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

gegen Verheiratung des
einen oder beider ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

Mädchen
für landwirtschaftliche
Arbeiten, zum 1.
Oktober ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

gegen Verheiratung des
einen oder beider ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

Mädchen
für landwirtschaftliche
Arbeiten, zum 1.
Oktober ein-
stellen.
näheres Geschäftsstelle.

Bochholter Volksblatt

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatlich 1,25 RM, von der Post abgeholt vierteljährlich 3,75 RM, durch Postboten ins Haus gebracht 4,17 RM. Erscheint täglich ausser Sonn- und Feiertagen. Geschäftsstelle: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 82.) Abbest. J. G. Sams. Anhalt Wilhelm Kolling.

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einzelnummern die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf. für Anzeigen 25 Pf. Tagesanzeigen 10 Pf. die Kleinzeile 50 Pf. Bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Anstalts- und Anzeigengebühr 25 Pf. Bei Abgabe- und Konturzeit z. i. m. wird der bewilligte Nachlass statuiert.

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Viedern und Berth

48. Jahrgang

Montag, den 28. Juli 1919

Nummer 178

Die große politische Aussprache in Weimar.

Die Zentrumspolitik. — Reichsminister Erzberger rechnet ab. — Belogen und betrogen. — Der veräusserte Friede.

Deutsche Nationalversammlung.

Die große politische Aussprache in der Nationalversammlung hat am Freitag ihren Höhepunkt erreicht. Das Haus und die Tribünen sind bereits seit Beginn der Sitzung in feierlicher Spannung, da es in den letzten Tagen immer mehr durchdringt, daß es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Erzberger gegen die Rechte kommen werde. Aber die Geduld des Hauses und der Zuhörer wird zunächst auf eine harte Probe gestellt. Nicht weniger als ein volles Dutzend sogenannter kleiner Anfragen wird erledigt. Das Haus wird nach einer Mitteilung des Präsidenten täglich wiederum zwei Sitzungen abhalten. Der Gang der heutigen politischen Aussprache darf sowohl der Form als auch der Sache nach als ein Glanzpunkt der ganzen Aussprache bezeichnet werden. Die

gemeint werden. Ebenso wichtig für die Erneuerung der Wirtschaft ist auch die Neuordnung des Staatswesens. Wir stehen vor dem Abschluß der Reichsverfassung. Wir werden nach wie vor dafür eintreten, daß die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht stärker beschnitten wird, als die Notlage des Reiches es verlangt. Ein völlig zentralisiertes Reich lehnen wir ab. Bisherige Wege haben wir durch unser Kompromiß für die Ordnung des Verhältnisses von Staat, Kirche und Schule eingeschlagen. Dieses Kompromiß ist eine Staatsfrage, politische und bürgerliche Lösung auf der Grundlage politischer Toleranz. Das Kompromiß bietet uns die Möglichkeit, an einem neuen Kulturkampf vorbeizukommen. Die Nationalversammlung und die Regierung können sich nur den Richterstuhl der Geschichte treten. Wir sind aus Pflichtgefühl entschlossen, an der aufbauenden Arbeit auch weiterhin teilzunehmen. Unser Blick ist nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet. (Langanhaltender Beifall im Zentrum.)

(Nachmittags-Sitzung.)

Politik der Zentrumsfraktion
während der letzten Monate ist namentlich von den Parteien der Rechten, ganz besonders von den Deutschnationalen und ihrer Presse, in einer Weise verächtlich und angegriffen worden, daß endlich einmal eine scharfe Zurückweisung dieser unwahren Unterstellungen am Platze ist, vor allem auch deshalb, weil selbst innerhalb der Zentrumspartei nicht überall völlige Klarheit über die Stellungnahme der Zentrumsfraktion zu den wichtigsten Fragen der letzten Monate geherrscht hat, so vor allem in der Frage der Bildung der Regierung, in der Friedensfrage und in der Schulfrage.

Es ist ein großes Verdienst, welches sich der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Brauns, durch seine klare, wohlüberlegte Darstellung der Gründe erworben hat, die das Zentrum zu seiner Stellungnahme in diesen drei wichtigsten Fragen veranlaßt haben. Durch diese Ausführungen ist nun mit einem Schlag die Verächtlichkeiten der rechtsstehenden Parteipresse der Boden entzogen.

Abg. Dr. Brauns (Ztr.) führte aus: Zentrum und Sozialdemokratie haben ihre Koalition nicht von langer Hand vorbereitet. Möglich in den schwersten Stunden des Vaterlandes und ohne Zutun entsteht sie aus Pflichtgefühl gegenüber dem damals sehr hart geprüften Volk und Vaterland. Ausgetragen werden kann der Streit um die Friedensverträge erst bei der Reichstagswahl. Ohne die Sozialdemokratie ist jedenfalls heute keine Regierung denkbar. Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die Unterzeichnung nicht entziehen zu können. Das Nein der Rechten war ein Nein des Affekts. (Stürmischer Widerspruch rechts, langanhaltende Bewegung und durcheinanderwogende Zwischenrufe) und nicht der aufbauenden Tat. Die Frage war nicht: Wann schließen wir den schrecklichen Frieden, jetzt oder später und vielleicht gar noch einen schlechteren? Man spricht in der Opposition den „Jalagern“, wie man sich geschnadelt ausdrückt, die nationale Gefinnung ab. Diese Befindlichkeit schließt uns von allen Freunden, mit denen wir loyal zusammenarbeiten können. Sie ist geeignet, den Verkehr vom Mensch zum Menschen zu erweitern. Der Friede selbst ist ein Unrecht und eine Vergeßlichkeit und wir werden nicht aufhören, seine Revision auf friedlichem Wege zu fördern und mit allen Mitteln nachdrücklich zu betreiben. In unserer auswärtigen Politik müssen wir den Schutz des Deutschen im Ausland betreiben. Wir erheben Einspruch gegen die Trennung des deutschen Südtirol von Österreich. Von unserer christlich-ethischen Überzeugung aus verurteilen wir alle Bestrebungen, Feindschaft gegenüber den Völkern zu predigen. Die alte Formel vom Erbfeind darf nicht wieder aufleben. Für besonders notwendig halten wir u. a. die Stärkung unserer Arbeitswillens. In dieser Hinsicht wird die Besserung unserer Ernährung besonders wirksam sein. Man gebe dem armen Volke, das so viele Jahre gehungert hat, einmal reglementiert satt zu essen, das müßte selbst auf Kosten der Voraustrichtung für das nächste Jahr geschehen. Nicht vorbeikommen können wir an einer Regelung der Arbeitslosenversicherung. Eine Steigerung der Arbeitswilligkeit erwarten wir auch durch die

Der deutschnationale Abg. v. Graefe, ein äußerst gewandter Redner, forciert in einer etwa zweistündigen Rede, die sich nicht an Erzberger wendet, auf über einige sehr wichtige, weltweite Politikstreife be- zühnende Fragen Aufklärung zu geben. Herr Graefe tut das in einer Weise, die ihm den lebhaftesten Wider- willen des Hauses einträgt. Er wirft Erzberger vor, von der österreichischen Regierung belogen worden zu sein und für die Entente gegen einen günstigen Frieden propagiert zu haben. Sozialdemokraten und Zentrum erheben sich lebhaft in heftigen Zwischen- rufen, die Partei des Ministers zu ergreifen. Auch der Ministerpräsident und die Minister David, Moste und Giesberts besprechen sich sehr lebhaft. Die übrigen Parteien des Hauses verhalten sich völlig neutral. Erzberger, der während der Rede von Graefe scheinbar völlig gleichgültig dagelegen hat, erhebt nach langem Zögern endlich das Wort. Der Vize- präsident der Reichstagsversammlung, Herr Erzberger, bei der Mehrheit des Hauses herbeizurufen haben, verurteilt, als Erzberger die Rednertribüne bestiege. Auf jeden einzelnen Punkt der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen geht er ein und sucht ihn unter leb- haftem Beifall der Sozialdemokraten, des Zentrums und eines Teiles der Demokraten zu widerlegen. Laute Entrüstung macht sich bemerkbar, als Erzberger dann auf die verheißene Politik der früheren Regie- rung eingeht. Zum Schluß des Hauses erklärt er, daß Deutschland zweimal Gelegenheit gehabt habe, einen guten Frieden zu erlangen. Beide Male hatte sich der Papst zur Vermittlung angeboten. Beide Male waren die Gegner bereit, einen Frieden mit uns einzugehen, aber auch beide Male hat die Re- gierung diese Gelegenheit durch eigene Schuld ver- überlassen. Der Papst erhebt auf sein Ver- mittlungsangebot überhaupt keine Antwort! Als Erzberger nach über zweistündigem Vortrag endlich gegen den Saal, seine Ministerkollegen drängen sich an ihn heran, um ihn wegen seiner gelungenen Rede zu beglückwünschen.

Es folgen dann noch eine Reihe persönlicher Be- merkungen, worauf die Sitzung auf Samstag vertagt wird.

Erzbergers Rede.

Die Wiederkehr der deutschnationalen Elemente würde den politischen Ruin des deutschen Vaterlan- des für alle Zukunft bedeuten. Das deutsche Reich ist eine Republik und wird eine Republik bleiben, trotz Graefe und allen anderen. In langen Jahren parla- mentarischer Arbeit habe ich politische Fehler began- gen. Einer der größten Fehler war eine zu weit ge- hende Gutwilligkeit gegenüber früheren Regierungen, ein zweiter ein zu weit gehendes Vertrauen zu ihnen. Auf diesem Vertrauen beruht die Aufgabe, die ich von dem damaligen Reichspräsidenten erhielt. Den Weltkrieg habe ich nie propagiert, ich habe mich aber zuerst öffentlich von ihm zurückgezogen. Seitdem bin ich immer schamlos angegriffen worden. Mit den Märchen vom dem Verfall, der Zwieschaltig- keit der heiligen Neutralität machen Sie auf mich keinen Eindruck, weil ich weiß, wie es bei Kriegs- ausbruch zugegangen ist. Die Welfen reifen von dem Zentrum zur Wahrheit, die anderen, die Nazaren, die im Zentrum verharren!

Ich habe seit 1906 gabelnde Mißstände aufgedeckt und bin seitdem der erklärte Feind der „Rechts-“

chen. Es war das Unglück des deutschen Volkes, daß es sein Militär heranzog und die politische Vernunft nicht zu Worte kommen ließ. Sobald die Politik sich vorwagte, drang das Militär gegen die schwache Re- gierung durch! Mehr als einmal waren Friedens- möglichkeiten vorhanden! Jetzt haben wir nicht mehr zu schweigen. Wir können und müssen darüber re- den. Mindestens zweimal konnte ein ehrenvoller Friede zustande kommen. (Hört! hört!) Die Rechte mit dem Militär zusammen hat dieses beidermal ver- hindert. (Große Bewegung.)

Das belgische Problem war das große Hindernis für das Zustandekommen des Friedens. Niemals ist uns ein klarer Wort über Belgien gelangt worden. Wilson wollte 1918 mit aller Energie den Frieden herbeiführen. Man frage darüber den Grafen Bern- storf, unsern damaligen Gesandten in Washington. Warum wurde Graf Bernstorf nach seiner Rückkehr aus Washington wochenlang nicht zum Vortrag an der höchsten Stelle zugelassen? Das Friedenswerk Wilsons wurde sabotiert durch die Erklärung des „Deutschland“ hat Graf Bernstorf vor kurzem eine Darstellung seiner Vermittlungsaufgabe gegeben und festgestellt, daß sie durch die U-Bootkriegserklärung durchkreuzt wurde, und daß damit der Krieg für uns verloren war. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Oberste Heeresleitung in Verletzung militärischer Machtverhältnisse nicht das richtige Ausmaß gehabt hat zur Wahrnehmung eines günstigen Moments zum Friedensschluß. (Andauernde Unterbrechungen rechts.) Das sind Tatsachen, die Sie nicht bestritten können.

Der Abg. Graefe hat sich mit einer Darstellung des Grafen Wedel in den Hamburger Nachrichten be- schäftigt. In seinem Artikel bestätigt Graf Wedel die Notwendigkeit eines Friedensschlusses im Jahre 1917 und die Möglichkeit dazu. Gegenüber dem Grafen Wedel habe ich ausreicht, daß ich in amtlichem Auftrag in Wien war. Von dem unmittelbaren Bericht des Grafen Czernin an den früheren Kaiser Karl hat Graf Wedel nur den Satz geschrieben, er habe im Hauptquartier keinen Eindruck gemacht. Der Be- richt des Grafen Czernin wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Dann kann sich jeder ein Urteil darüber bilden, ob man diesen Bericht mit einem so nichtsliegenden Satz abtun durfte. Dieser Bericht ist mit seiner Zeit frei zur Verfügung ge- stellt worden mit der einzigen Bedingung, seine Her- kunft zu verschweigen. Ich werde den Namen des Überbringers nicht nennen. (Andauernde lebhafte Bewegung.) Wenn Herr Graefe mit seinen Anbeu- lungen hat zum Ausdruck bringen wollen, daß ich von Österreich belogen worden sei, oder in öster- reichischem Solde stehe, oder daß irgendwie zum Aus- druck bringen wollen, daß ich auf Veranlassung ober- österreichischer meine Stellungnahme zur Friede- nsaufnahme eingenommen habe, was es wagen sollte, einen dieser beiden Sätze, den ersten oder zweiten, zu eigen zu machen, den erkläre ich als einen gemein- samen Lügner und Schabracken. (Beifall.) Von die- sem Brief habe ich meinen Parteifreunden in Frank- furt am Main Kenntnis gegeben, wobei die absolute Gewißheit bestand, daß aus diesen Kreisen nichts her- ausgekommen ist.

Wer behauptet das Gegenteil? Sie, Herr Eugen- berg? Warten Sie ruhig. Sie sind ja gerade der richtige. Graf Wedel behauptet, daß eine rheinische Zeitung darüber berichtet habe. Er war aber so schamhaft, den Namen nicht zu nennen. Es ist näm- lich eine rheinisch-westfälische Zeitung. Glaubt denn wirklich irgend jemand, daß diese Zeitung von mir oder vom Zentrum informiert worden sei? Oder besteht nicht beispielsweise auch die Möglichkeit (ich behaupte es nicht aber es ist doch möglich) daß die Oberste Heeresleitung, die den Bericht auch gehabt hat, ihn in diese Zeitung langiert hat. Meine Rede vom 6. 7. 17 wird in den nächsten Tagen in einer Broschüre veröffentlicht werden, und ich bin überzeugt, mancher wird sagen, wenn er die Rede gelesen hat: Wie war es nur möglich, daß über eine so vernünftige Rede ein solcher Spektakel in Deutschland gemacht werden konnte? Am 1. 8. hielt der Reichspräsident seine Rede mit dem Grundgedanken, daß alle Frei- heitsbewegungen ausrichtungslos seien. Er wollte sich eine klare Erklärung über die Neutralität Belgiens verschaffen. Am 18. 8. erhielt der Reichspräsident durch den Reichsminister des Innern, den ich damals als Reichsminister des Innern leitete, den die belgische Regierung sich

über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Ga- rantien für die politische, wirtschaftliche und mili- tärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine vorzügliche Antwort wurde dem guten Gelingen der Friedensverhandlungen erleichtert (große Bewegung) Wir haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und ihre Ideen- welt, wie wenige, in der Lage war, zu beurteilen, wann ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgegangen nicht aus eigener Initiative, sondern um einen ausdrücklichen Versuch der englischen Re- gierung mit ausdrücklicher Ermächtigung der fran- zösischen. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, ist vom Pappe eingeholt, aber noch nicht eingetroffen. Was aber geschieht in Berlin? Man würde es nicht für möglich halten! Hier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort! In einem Schreiben vom 24. September wird abge- lehnt, eine Erklärung abzugeben, weil die Vorbedin- gungen für die Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend geklärt seien. Also ein amtlicher die diplomatischer Schritt für ein Volk, das in höchster Not steht, wird 4 Wochen lang nicht beantwortet, dann er- klärt man ihn nicht für genügend. (Große Bewe- gung.) Ende September war ich in München. Ich kenne den Kuntius seit langem als persönlichen Freund. Er kam mir mit Tränen entgegen: „Die armen Völker!“ Damit war der von England über den Heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt. Das ist das Tragische, das Entsetzliche. Man kämpft für den Frieden und dann kommt es so. Da kann man nicht schweigen. Wir müssen dem deutschen Volke sagen, wie es zwei Jahre gewissenlos hergeführt worden ist. Hätte es diese Dinge besser gemerkt, so hätte es den Frieden einfach erzwungen. Ende Sep- tember war die vom christlichen Willen des deutschen Reichstages getragene Friedenspolitik des verän- derten Ausgleiches durch die Agitation erledigt. Die Hoffnung, die auch die anderen Völker hatten, war mit einem Schlage vernichtet.

Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hineingerannt.

So kam 1918. Jeder Versuch, dieses Joch von der Zukunft zu bringen, wurde mit militärischen Mit- teln niedergeschlagen. Die Antwort, man müßte noch ein Weilchen warten. Und dann kam Ende Septem- ber der restlose militärische Zusammenbruch. Alle diese Dinge werden in den nächsten Tagen dem deutschen Volke übergeben werden; dann kann es nach den Ak- ten selbst prüfen. Wir haben unsere Armeen vor einem neuen Schicksal bewahrt. Am 6. November bekam ich den Auftrag — ich habe mich nicht dazu gedrängt — die weiße Fahne am 11. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren, und zwar mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung. Hätten Sie (nach rechts) es verantworten wollen, daß die Feinde verwilligt durch unser Vaterland ziehen? Der Umsturz in Deutschland soll den Waffenstillstand erzwingen ha- ben, aber Hindenburg betrat, wenn unsere For- derungen nicht durchgesetzt seien, so sei trotzdem der Waffenstillstand auszusprechen. Ich stelle fest, die Friedensresolution hätte Erfolg haben müssen und können, wenn ihre Grundzüge bei Gelegenheit der Friedensnote des Papstes angewandt worden wären. Der

Zusammenbruch Deutschlands

ist nicht durch die Revolution, sondern durch die Auflösung des Militärs bedingt worden. Nicht die Friedensresolution hat die Widerstandskraft gelähmt, sondern der Zusammenbruch ist erfolgt durch Mangel an äußerer und innerer politischer Einsicht der Kon- servativen und der Obersten Heeresleitung, die das deutsche Volk einschüchterten und terrorisierten und dieses Spiel auch jetzt noch fortsetzen. Die Gebur- der Regierung und der Mehrheitsparteien hat ein Ende. Ich werfe die Frage auf, ob denn am 22. 10. überhaupt noch die Möglichkeit einer anderen Stel- lungnahme als zu untergeordneten bestanden hat. Ich stelle fest, daß ich in der ganzen kritischen Zeit durch- aus loyal gehandelt habe. Ich habe aus meiner Auffassung kein Hehl gemacht und in einer Vorbe- sprechung des Kabinetts, die zur Klärung der Frage wesentlich beizutragen hat, erklärt, daß ich aus der Regierung austreten würde, wenn die Friedens- resolution abgelehnt würde. In diesem kritischen Augenblick der deutschen Geschichte mußte ge- wagt werden. Ich frage den Mann, der uns die Er- klärungen der Abgeordneten Schiffer und Behring- baum gegeben hat, unterem Vaterlande zu dienen.

Die Deutschnationalen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und sich damit ein unruhiges Zeugnis ausgestellt (Lebhafte Zustimmung). Der Vorwurf und der Übermut, der aus der Wendung des Abgeordneten Graefe spricht, wir hätten uns an die Füttertruppe legen wollen, wird von dem Volke dem Vertreter seiner Partei nicht verzeihen werden dürfen, die selbst Jahrzehntelang an der Füttertruppe gefressen hat. Wir haben den Gewaltfrieden annehmen müssen, weil

kein anderer Ausweg blieb.

Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das, was Sie verbrochen haben. Wir werden niemals zugeben, daß Sie nun versuchen, aus der Verantwortung, die auch Ihre Schuld ist, unsere Schuld zu machen und uns heuchlerisch mit Hohn und Spott zu überlegen. Der Friedensvertrag ist die Schlussrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden.

Wer aber hat den Krieg verloren?

Jenen, die sich in unvernünftiger, trostloser, verblendeter, verbrecherischer Eitelkeit der Möglichkeit eines ehrenhaften Friedens entgegenstellten, und wenn sie hundertmal ihre Hände in Unschuld waschen wollen. Sie werden die Schuld nicht los, weder vor uns, noch vor der Geschichte, noch vor ihrem eigenen Gewissen. (Stürmischer Beifall, welcher sich auf den Tribünen fortpflanzte).

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

Weimar, 26. Juli. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde von dem sozialdemokratischen Abg. Lohse im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag eingebracht, die Debatte über den Staatsgesetzschluß mit der gegenwärtigen Aussprache zu verbinden und zweitens die Reden der Minister Erzberger und Müller auf Kosten des Reiches im deutschen Volke zu verbreiten. Weiter beantragte er, daß die Nationalversammlung beschließen möge, alle Dokumente über den Ausbruch und die Führung des Krieges sofort zu veröffentlichen.

Der Abg. Schulz-Wechsungen (Dnt. Sp.) widerspricht im Namen seiner Parteifreunde dem sozialdemokratischen Antrag. Abg. Lohse (Soz.) stellt fest, daß angefochtenes Widerstandsrecht der Rechte, die Debatte über den Staatsgesetzschluß nicht möglich sei. Aber der Widerspruch der Rechte genügt ihm schon. Der öffentliche Anschlag der Reden könne dagegen auch durch den Widerspruch einer Minderheit nicht verhindert werden.

Der weitere Verlauf der Sitzung brachte dann eine Rede des Deutschen Volksparteilers Dr. Hugo, der, auf die Rede Erzbergers eingehend, die Schuld von der Rechten abwählen wollte und einen „objektiven“ Ausschluß verlangte, der die uns bewegenden Fragen in durchaus objektiver Weise erschöpfte, bestehend aus Historikern unter einem publizistisch geschulten Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erhebung anzuordnen. Eine andere Methode schafft kein objektives Urteil.

Er schließt dann: „Gerade die Politik der Völkerverständigung hat zu katastrophalen Enttäuschungen geführt, die wir jetzt erleben. Wir denken nicht an neue Kämpfe und halten es nach Annahme des Friedensvertrages für unsere Pflicht, das zerstörte Frankreich wieder aufzubauen. Alles Liebeswerben darüber hinaus kann uns nur als Heuchelei und Schamäse ausgelegt werden. Der Sozialismus vertritt auch den Zusammenbruch unseres Heeres. Den wirtschaftspolitischen Absichten der Regierung stehen wir, obwohl wir das Fallenslassen der Planwirtschaft begrüßen, mit starken Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung von Elektrizität und Kohlen. Wenn wir der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen können, so beschäftigen wir nicht, negative Politik zu führen. Das gilt auch für unsere Haltung in der Steuerfrage. Wir wollen an der sozialen Gesetzgebung teilnehmen und an der Lebensverbesserung der Klassenangehörigen mitarbeiten.“

Nachher sprach der Unabhängige Haase, dem der Reichswehrminister Klose kürzlich erwiderte. Er sagte u. a.: Den Belagerungszustand im Industriegebiet halten wir nicht zum Vergnügen aufrecht, solange die Gefolgschaft der Haase und Zieh Schamlosen Terrorismus mit Handgranaten, Maschinengewehren und Pistolen ausübt. Als sie drohte, die Bergleute, die Arbeiter wollten, wie Kagen zu erschüttern und die Forderungen der Belagerungszustand, die Zahl der Verhaftungen ist außerordentlich übertrieben. (Lärm bei den Unabhängigen.) Ich habe ständig Nachprüfungen anstellen lassen, ob die Voraussetzungen für den Belagerungszustand noch bestehen. Aber diese Leute auf das deutsche Wirtschaftsleben wieder los zu lassen, erfordert mir absolut unverantwortlich. Wenn die Gefolgschaft Haases Deutschland zugrunde richten will, dann stelle ich das Schicksal des Landes und Volkes höher, als allen Spektakel, den Sie hier aufzuführen. Gehten dem Friedensvertrage werden wir die Truppen reduzieren; ohne Reibungen geht das aber nicht ab. Eine Truppe, die im November wie sprödes Glas zerbrach, gewinnt den nötigen Zusammenhalt nicht gleich wieder, aber allmählich wird sie unter guter Leitung das Maß von Ruhe, Ordnung und Sicherheit uns vergütigen, ohne das wir nicht leben können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gegen 1,45 Uhr wird die Beratung auf 4 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsitzung war außerordentlich schlecht besucht und brachte weder Neues noch Wichtiges. Das Haus leerte sich während der Reden mehr und mehr. Die beiden Rechtsparteien fehlten, wie in der Vormittagsitzung, wieder vollständig. Auch von den bürgerlichen Parteien waren nur ganz wenige Abordnete anwesend. Nur die Sozialdemokraten besaßen Ausdauer. Da an eine Weiterberatung unter solchen Umständen natürlich nicht zu denken war, wurde die Sitzung um 7 Uhr bereits wieder abgebrochen.

Wien, 26. Juli. Wie der Wiener „Mitte“ meldet, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin vom früheren Kaiser Karl selber erhalten mit der Verpflichtung, über die Herkunft des Berichtes zu schweigen.

Arbeiten oder Verelendung.

Zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft bedürfen wir in erster Linie der seit Jahren fehlenden Rohstoffe des Auslandes. Soweit wir diese aber nicht bar bezahlen können, sind wir auf dessen Kredit, und zwar langfristigen Kredit, angewiesen. Kredit erhält das deutsche Volk aber nur, wenn das Ausland es wieder fleißig an der Arbeit sieht und das Vertrauen, das es vor dem Krieg zu ihm hatte, aufs neue ihm zuwenden kann. Das Ausland konnte uns vor allem als ein intensiv wirtschaftendes Volk, dessen schärfster Schmutz Arbeit und Ordnung waren. Die Revolution hat da viel über den Haufen geworfen. Um nach der Richtung hin einen Einblick zu gewinnen, hat der deutsche Industrie- und Handelstag kürzlich bei seinen Mitgliedern, den Handelskammern, eine Erhebung veranstaltet und deren Ergebnisse der Nationalversammlung unterbreitet. Zweck der Erhebung war, die „mittelbaren und unmittelbaren Wirkungen zu erfassen, die im Gefolge der Revolution für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und damit für Gütererzeugung und Warenumschlag Platz gegriffen haben.“

Als äußere Zeichen der Revolutionierung des Arbeitsverhältnisses — oder, wenn man will, auch Gründe dafür treten in die Erscheinung die Lohnsenkungen und Arbeitszeitverkürzung. Nach den Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages bewegen sich die Lohnsenkungen seit Ausbruch der Revolution zwischen 15 und 100 Prozent der vor der Revolution gezahlten Löhne und zwischen 60 und 400 Prozent der Friedenslöhne. Von außerordentlich weittragendem Einfluß haben sich die dem Demobilisationsamt vorgenommenen Lohnfestsetzungen für die Staatsarbeiter erwiesen, indem sie den Ausgangspunkt auch für die Lohnforderungen der übrigen gelernten und ungelernten Arbeiter bildeten und von diesen als Maßstab auch für die von ihnen zu beanspruchenden Löhne hingestellt wurden. Die Achtundsechzigstündigkeit in den Betrieben, für die sie gesetzlich besteht, überall durchgeführt. Ihre Einführung wurde vielfach deshalb „nicht mit aller Schärfe empfunden, weil Rohstoff- und Kohlenmangel an vielen Orten auch ohne behördliche Anordnung zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit sogar unter acht Stunden geführt hätten“. Dagegen führte der Achtundsechzigstündigkeit zu manchen Schwierigkeiten in Betrieben mit regelmäßigem Schichtwechsel. Wo an Stelle der Dornschicht ein dreimaliger Schichtwechsel eintreten mußte, fehlte es vielfach an den geeigneten Arbeitskräften zur Schichtbesetzung.

Wesentlich revolutionärer als die Lohn- und Arbeitszeit dürfte auf die Wirtschaftsverhältnisse die Minderung der Arbeitsintensität eingewirkt haben. Und zwar deshalb, weil sie in einem Augenblick erfolgte, wo zwecks Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft auf angestrengte und geordnete Arbeit alles ankam. Fast einstimmig wird von den Handelskammern über eine Verringerung der Arbeitsleistung berichtet und zwar in der Mehrzahl nicht ohne einen dem Wegfall meist zweier Arbeitsstunden entsprechenden Rückgang, sondern über eine weit darüber hinausgehende Minderung der Arbeitsleistung. Die Denkschrift glaubt daraus den Schluß ziehen zu dürfen: „Die früher bei Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit von Vertretern der Arbeiter abgegebene Versicherung, daß die Verkürzung keinesfalls zu einer Minderung der Produktion führen würde, hat sich vielfach nicht bewährt.“ Als Gründe für die Minderung der Arbeitsleistung werden angeführt in erster Linie die Schaffung des Affordens, ferner die durch die politischen Verhältnisse bewirkte Aufregung, die geänderte Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die mangelhafte Ernährung, die jahrelange Entwöhnung von regelmäßiger Arbeit, die hohe Arbeitslosenunterstützung. Es liegen also auch Gründe vor, über die zu bestimmen nicht immer ausschließlich im Willen des Arbeiters liegt.

Dieser Rückgang der Arbeitsleistung konnte natürlich nicht ohne Rückwirkung auch auf die Erträge der Gütererzeugung, auf die Rentabilität der Betriebe und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie gegenüber dem Ausland bleiben. Die Denkschrift bemerkt den Produktionsrückgang auf 30 bis 40 Prozent der vor der Revolution erzielten Leistung. Von einer Rentabilität der Betriebe könne unter diesen Umständen kaum mehr die Rede sein. Arbeitsunlust und die politische Unsicherheit machten zudem jede ordentliche Kalkulation unmöglich. Beim Fortbestehen dieser Verhältnisse werde auf die Dauer ein Wettbewerb mit dem Ausland unmöglich sein. Die Beispiele, die nach dieser Richtung hin angeführt werden, bestätigen, was wir auch sonst schon beobachten konnten, ein Ausbleiben von Aufträgen, insbesondere auch aus

dem neutralen Ausland, und auf der anderen Seite eine steigende Auslandskonkurrenz. Aus dem Material zieht der Industrie- und Handelstag den Gesamtschluß: „daß ein Weitergehen auf den beschrittenen Pfaden Industrie und Handel mit unerbittlicher Notwendigkeit auch das ganze Reich und Volk in aller kürzester Zeit nicht nur an den Rand des Verderbens, sondern mitten hinein ins Verderben führen wird.“

In dieser Lage gibt es nur einen Rettungsweg: die Ermannung des deutschen Volkes zu seinem alten Pflichtgefühl, zu seinem früheren Sinn für Ordnung und zur Arbeitsintensität von ehemals. Die sozialdemokratische „Aktion 30.“ (Nr. 145) schrieb dieser Tage: „Die Erkenntnis ist heute Gemeingut, daß weder Sozialisierung noch Betriebsräte unsere Erzeugung und damit den Wert unserer Arbeit zu heben vermögen. Wir haben nur die Wahl zwischen Arbeit und völliger Verelendung.“

Die Neuordnung im Reich.

Bei Ablehnung des Reichsnotopfers

Berlin, 25. Juli. Zu der Nachricht von einer bevorstehenden Zwangsanleihe erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die Regierung keine Zwangsanleihe mit dem Reichsnotopfer verquiden will. Eine Zwangsanleihe werde nur für den Fall in Frage kommen, daß die Nationalversammlung das Reichsnotopfer ablehnt.

Weimar, 25. Juli. Von der beabsichtigten Heraushebung der höchsten Staffel beim Reichsnotopfer auf 75 Prozent bei ganz großen Vermögen werden im deutschen Reich nur drei Vermögen erfasst, das kaiserliche, das Kruppische und das des Fürsten von Hohenlohe-Schwarzenberg.

Der Plan zur Deckung des Reichsfinanzbedarfs.

* Berlin, 25. Juli. Ueber das Steuerprogramm der Regierung machte heute ein Vertreter des Finanzministeriums folgende Mitteilung:

„Der jährliche Bedarf des Reiches beträgt etwa 7½ Milliarden. Das macht zusammen 24 Milliarden Mark. Hierbei sind nicht berücksichtigt die Erfordernisse, die aus den Bestimmungen des Friedensvertrages erwachsen. Demgegenüber denkt sich das Finanzministerium die Deckung folgendermaßen: Die Steuern in der Vorkriegszeit ergaben einen Ertrag von 1,7 Milliarden Mark. Dazu kamen während des Krieges aus neuen Steuern 4 Milliarden hinzu. Die neuen Steuererträge werden eine Jahreseinnahme von 1,8 Milliarden bringen. Das ergibt zusammen gerechnet 7½ Milliarden. Der jährliche Ertrag des Reichsnotopfers wird auf 3½ bis 4 Milliarden veranschlagt, und die neue Umsatzsteuer auf etwa 3 Milliarden, so daß also zur Deckung des Finanzbedarfs etwa 14½ Milliarden zur Verfügung ständen. Demnach würde sich bei optimistischer Schätzung ein Fehlbetrag von 9 Milliarden ergeben. Aus der Erhöhung der Biersteuer und der Steuer für Mineralöle und der Postgebühren hofft das Reich eine weitere Milliarde zu gewinnen. Würde man dann noch eine Besteuerung der Lebensmittel einführen, etwa ein Mehlmonopol und eine Fleischsteuer, die etwa 1½ Milliarden ergeben würden, so würde sich der Fehlbetrag auf 7 Milliarden vermindern. Das Rückgrat zur Deckung dieses Fehlbetrages soll die Reichseinkommensteuer zusammen mit der Kapitalertragsteuer bilden. Zu einer reibenden Erfassung der Vermögen und Einkommen muß die Steuerverwaltung auf das Reich übergehen. Andernfalls würde die Finanzkontrolle des Reiches eine derartige werden, daß von einer Finanzhoheit der Einzelstaaten nicht mehr gesprochen werden könnte. Für sich allein würde das Reich aus den Einnahmen beanspruchen: die Verbrauchssteuer und die Vermögensabgabe. Mit den Einzelstaaten würde es sich teilen in die Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer, der Umsatzsteuer und den Stempelabgaben. Das Reich würde den Einzelstaaten lassen: die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die Gewerbesteuer. Zuschläge zur Einkommensteuer sollen in Zukunft nicht mehr erhoben werden dürfen. Vielmehr werden die Einzelstaaten auf Zuschläge des Reiches verwiesen werden. Von allen Steuern wird das Reich etwa 75 Prozent für sich beanspruchen.“

Der Wortlaut des Schuldkompromisses.

* Weimar, 25. Juli. Die Artikel der Verfassung, bei welchen der zwischen den beiden Regierungsparteien beschlossene Kompromiß wirksam geworden ist, haben nach der in zweiter Lesung angenommenen Fassung folgenden Wortlaut:

Art. 143.

Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundsätze baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau

ist die Mannigfaltigkeit der Berufsberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Ob und inwieweit die Volksschulen innerhalb der Gemeinden für alle Bekenntnisse gemeinsam oder nach Bekenntnissen getrennt oder bekenntnisfrei (weltlich) sein sollen, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist. Das Nähere bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz. Bis zum Erlass dieses Gesetzes bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

Art. 144.

Private Schulen als Ersatz der öffentlichen Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates. Sie unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen, und im Falle der Erhebung von Schulgeld durch Abkufungen auch minderbemittelten Volksschülern zugänglich gemacht werden.

Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 143, Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht. Private Vorschulen sind unzulässig.

Art. 146.

Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schule mit Ausnahme der bekenntnisfreien weltlichen Schule. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften erteilt, unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates.

Die Erteilung des Religionsunterrichtes und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an den religiösen Unterrichts- fächern und den kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen.

Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.

Zum Friedensschluß.

Der Tanz beginnt.

* Weimar, 25. Juli. Mit Frankreich ist die deutsche Regierung in starke Schwierigkeiten geraten, weil die Franzosen plötzlich die sofortige Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohle verlangen. Die deutschen Vertreter haben geantwortet, diese Kohlenabgabe im jetzigen Augenblick sei schlechterdings unmöglich. Wenn Deutschland diese Menge Kohlen jetzt hergebe, seien holländische Unruhen schlimmster Art zu befürchten. Die französische Regierung antwortete, das rühre sie alles nicht, dann werde sie in Deutschland Ordnung stiften. Die französische Regierung beharrt auf ihrer Kohlenforderung.

Die Opposition gegen Wilson wächst.

Der Kampf um die Ratifikation des Friedensvertrages steigert sich in Amerika von Tag zu Tag. Die Beziehungen des Präsidenten Wilson zu den oppositionellen Senatoren werden immer gespannter, obwohl Wilson sich die größte Mühe gibt, in privaten Zusammenkünften mit der Opposition diese von der unabwendbaren Notwendigkeit, die japanischen Forderungen zu erfüllen, zu überzeugen. Die Herren, die im geheimen mit Wilson verhandeln, sind ehrenwörtlich verpflichtet, Stillschweigen zu bewahren. Nach den ersten Zusammenkünften erklären sie jedoch, daß ihre Anschauungen völlig unverändert geblieben seien. Es erscheint nunmehr sicher, daß Präsident Wilson seinen Widerstand gegen etwaige einschränkende Bestimmungen zum Friedensvertrage nicht bis zum äußersten treiben wird.

Einzelne Blätter erfahren aus Washington, daß die amerikanische Regierung bereits Schritte unternommen habe, um zu erfahren, ob die anderen Mächte der Entente irgendwelchen vom amerikanischen Senat dem Friedensvertrag angegliederten Zusätzen zustimmen würden. Gleichzeitig suchen amerikanische Diplomaten festzustellen, ob Japan in einem solchen Falle ebenfalls Zusätze annehmen würde. Als Antwort auf den Versuch des Präsidenten, gewisse republikanische Senatoren für seine Anschauungen zu gewinnen, erfolgte die Auskunft, daß sich 35 republikanische Senatoren bereits schriftlich verpflichtet hätten, gegen eine unqualifizierte Ratifikation des Friedensvertrages zu stimmen. Während die öffentliche Meinung im allgemeinen aus wirtschaftlichen Gründen den definitiven Friedenszustand herbeisehnt, wird doch der Widerstand der Opposition besonders

in der Schantungfrage Wilson hat die oppositionen gebeten, eine diplomatische Friedensverträge vorzulassen und Einschnürungen und ihn dadurch zu mundgerechter zu rüfung von Mitteln schiedhofes scheitern, daß solche Einschnürung der Meinung würden, ohne der selbst in ihren int zu dienen.

W.B. Berlin. Den Senatsrede er nach bisher betan Die Kolonien feier weil es sie lediglic benutzte hätte. Vo Stelle wird dazu politiker in Deutsch und feindlichen Aus hauptung unwahr schen Kolonien gese summen von kultur hähnismäßig kurzer, Anfeindern und der weiß auch, wie bare Gewinne Deut gebieten hatte, weil tung verschmähte. werden, daß die Re den weitesten Krei des bekannt wird. lina, daß Wilson als höchster Neuträ Volkes für vereinba seiner mehrfach in nen Verprechung i genüber den andere zu verschleiern, daß wahrheiten zu eige

Zur Organisierung des

Von Oberstadtssekret Das Programm Erzberger mit seine übersteigenden Steu Tages- und Tages Meinungsaustausch man sich im allgem Notwendigkeit einer glatter Ausgleichung, arm und reich wele nicht mehr verfuht über die Reform de lonalverhältnisse in fesslich auseinander. leit hat zu einem D dem sich kaum noch denn der Laie herat Staat, Provinz, Kre stellen Forderungen Steuerzahlers. Die

Anordnungen

Auf Grund der SS 1 Ordnung betreffend die Verpflegungsgesetzgebung vber 1915 (R. G. Bl. S. 673) wird für den Um folgendes angeordnet:

Grüßlartoffeln dürfen lern gegen Entgelt nur Erlaubnisbeschein desjenig germeister, in dessen Kre lehenen Aufkäufern abge Kleinbahnen und Schiffe belegen der Westfälische Kartoffeln und sonstige S. in Dortmund, Nordst

Die zugelassenen An fämlichen Kreisen der nische der zuständigen germeister erhalten haben

Der Erlaubnischein bereit entogen werden. haben den Erlaubnishei zu führen und dem Ver den ihn den Polizeibea Polizeibehörden auf Ver

Als Grüßlartoffeln ge 15. September 1910 gelie

ZumVerhandlungen g den mit Gefängnis bis zu 1500 M b

Diese Anordnung tritt Kraft.

Der Oberpräsident d ges. Dr. W

Gedentat der S

...den Berufs-
des in eine be-
und Neigung,
gesellschaftliche
eigenen seiner

...schulen inner-
Befehle nicht ge-
sein sollen, ent-
entsprechenden
nähere bestimmt
sich. Bis
ist es bei den

Der öffentlichen
ung des Staa-
Deswegen. Die
wenn die priva-
n und Einrich-
tungen Ausbil-
unter den öffent-
im Falle der
Abstufungen
hüllern zugäng-

...zur Zulassung,
n Erziehungs-
Artikel 143,
eine öffentliche
s in der Ge-
te Vorschulen

...ordentlich
it Ausnahme
Schule. Seine
er Schulge-
tionsunterrich-
den Grund-
gesellschaften
des Staates

...unsunterrichtes
Berrichtungen
er Lehrer, die
Unterrichts-
n und Hand-
er Erziehungs-

...en Fakultäten
alten.

...luch.

...Frankreich ist
die Schwierig-
keiten plötzlich
O. Willkoren
die deutschen
diese Kohlen-
sei schlechter-
schland diese
den bolschewi-
zu befürchten.
wortete, das
sie in Deutsch-

...nützliche Re-
inforderung.

...son wächst.

...ion des Frie-

...America von
des Präsi-
den Senatoren

...wohl Wilson
daten Zusa-

...diese von der
die japani-
überzeugen.

...Wilson ver-
achtet, Still-

...ersten Zu-

...sch, daß ihre
geblieben

...er, daß Prä-

...d gegen et-

...ungen zum

...uhersten frei-

...us Washing-

...ung bereits

...zu erfahren,

...erte irgend-

...at dem Frie-

...ken zum

...amerikani-

...Japan in

in der Schantungfrage aufgegeben. Präsident Wilson hat die oppositionellen Senatoren verurteilt, daß er die Friedenskonferenz um die Erlaubnis gebeten habe, dem Senat verschiedene diplomatische Dokumente über den Friedensvertrag vorzulegen. Der Vorschlag, dem Friedensvertrag qualifizierte Erläuterungen und Einschränkungen des Senats anzugliedern und ihn dadurch der öffentlichen Meinung mundgerecht zu machen, dürfte an der Erklärung von Mitgliedern des obersten Gerichtshofes scheitern, welche auseinandersehen, daß solche Einschränkungen lediglich den Ausdruck der Meinung des Senats wiedergeben würden, ohne der amerikanischen Regierung selbst in ihren internationalen Beziehungen zu dienen.

WTB. Berlin, 25. Juli. In seiner jüngsten Senatsrede erklärte Präsident Wilson nach bisher bekanntgewordenen Auszügen: Die Kolonien seien Deutschland genommen, weil es sie lediglich als Ausbeutungsobjekt benutzt hätte. Von hervorragender berufener Stelle wird dazu erklärt: Jeder Kolonialpolitiker in Deutschland wie im neutralen und feindlichen Ausland weiß, daß diese Behauptung unwahr ist. Jeder, der die deutschen Kolonien gesehen hat, weiß, welche Umschichten von kulturellen Leistungen in verhältnismäßig kurzer Zeit von den Verwaltungen, Anstalten und Missionen vollbracht sind, der weiß auch, wie wenig ziffernmäßig greifbare Gewinne Deutschland von seinen Schutzgebieten hatte, weil es Raubbau und Ausbeutung verwarf. Es wird dafür gesorgt, daß die Kenntnis dieser Tatsachen in den weitesten Kreisen des In- und Auslandes bekannt wird. Hier genügt die Feststellung, daß Wilson es mit seiner Eigenschaft als höchster Repräsentant des amerikanischen Volkes für vereinbar hält, ein Abweichen von seiner mehrfach in feierlicher Form gegebenen Versprechung und seine Niederlage gegenüber den anderen Entente-Mächten dadurch zu verschleiern, daß er sich handgreifliche Unwahrheiten zu eigen macht.

Zur Organisation der Steuerbehörden.

Von Oberstadtssekretär Ridder, Bocholt i. W. Das Programm des Reichsfinanzministers Erberger mit seinen alle früheren Maße übersteigenden Steuervorlagen hat in den Tages- und Fachzeitungen einen lebhaften Meinungsansturm hervorgerufen. Während man sich im allgemeinen der unbedingten Notwendigkeit einer entschlossenen Politik sozialer Ausgleichung, die den Abstand zwischen arm und reich wesentlich zu verringern hat, nicht mehr verschließt, gehen die Ansichten über die Reform der Behörden und der Personalverhältnisse in der Steuerverwaltung erheblich auseinander. Die zeitige Systemlosigkeit hat zu einem Durcheinander geführt, aus dem sich kaum noch der Fachmann, geschweige denn der Laie herausfinden vermag. Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde und Kirche stellen Forderungen an den Geldbeutel des Steuerzahlers. Die Zahl der Veranlagungs-

stellen und Steuerakt ist groß, so daß der Steuerpflichtige häufig kaum weiß, bei welcher Stelle eine Reklamation anzubringen ist. In der Rundschau für Gemeindebeamte (Nr. 15, Jahrgang 1919) werden einige Steuerarten von Magistrats-Sekretär Wiedemann wie folgt kritisch beleuchtet:

1. Einkommensteuer. Ihre Zweckmäßigkeit und Bedeutung im wirtschaftlichen Sinne muß ohne weiteres anerkannt werden. Ihre Staffelung ist jedoch viel zu gering und das Veranlagungs-, Einspruchs- und Ermäßigungsverfahren viel zu umständlich. Die alljährliche Aufstellung der umfangreichen Gemeinde- und Staatssteuerlisten erfordert eine immense Arbeitsleistung, die überflüssig ist. Die Bearbeitung der Zu- und Abgänge ist schwerfällig. Bezüglich der Erfassung des Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung sind die Bestimmungen zu scharf, bei Erhöhung und Ermäßigung des Einkommens nicht schmiegsam genug.

2. Die Ergänzungsteuer kommt nicht besonders zur Geltung, da sie verhältnismäßig gering ist und ihre Veranlagung an die Einkommensteuer anschließt.

3. Die Grund- und Gebäudesteuer. Durch die Einführung der Grundwertsteuer haben diese Steuern an Bedeutung verloren. Ihre Veranlagung ist teilweise nur noch eine nutzlose Beschäftigung der Katasterämter. Notwendig ist sie in der Hauptsache nur für die Festsetzung der Kreisabgaben, doch hat die Kreisverwaltung keinerlei Einfluß auf ihre Gestaltung. Die Grundsteuer kann als dem Ertragswerte entsprechend nicht mehr angesehen werden.

4. Die Gewerbesteuer ist auch bereits in sehr vielen Gemeinden durch eine besondere Gewerbesteuer ersetzt worden, so daß vielerorts die Veranlagung erübrigt. Die Einrichtung der Klassen wird allgemein als unglücklich bezeichnet.

5. Die Umsatzsteuer vom Grundbesitz wirkt unheilvoll, insbesondere dadurch, daß sie von Reich, Staat, Kreis und Gemeinde erhoben wird. Die Freilassung des mit den Grundbesitz veräußerten Inventars von der Umsatzsteuer vermehrt die Verwaltungskosten um ein bedeutendes. Sie sollte eine ungeheure Preissteigerung des Grund und Bodens verhindern, sie tut aber das Gegenteil.

6. Die neue Umsatzsteuer auf Ware und Leistungen ist zweifellos eine glückliche Idee. Die damit verbundene Umsatzsteuer wird als komplizierend zu bezeichnen und durch die Einbeziehung des Luxus in die Vermögenssteuer zu ersetzen sein.

Besonderer Hervorhebung bedarf auch die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer seitens der Gemeinden. Zu welcher unglücklichen Wirkung diese Einrichtung führt, beleuchtet trefflich der Schriftsatz des Bürgermeisters Dr. Schulz (Münster) in Nr. 51 des „Fr. Bl.“ vom 21. September 1918. Während die Rentnereinkommen infolge geringer Zuschläge noch weiter ernähren können, müssen die Arbeitergemeinden infolge vermehrten Abzuges außer Steuerzahler die Zu-

schläge ins Unendliche steigern. Erstere können unnötige Ausgaben machen, die dem allgemeinen Staatswohl nicht dienen, letztere können nur mit Mühe die notwendigen Bedürfnisse bestreiten und müssen schließlich Staatszuschüsse fordern.

Grund genug, diese Art der Besteuerung zu revidieren.

Daß die Bestimmungen bezüglich der Wohn- und Zehnfachgemeinden ungleich sind, ist ein wesentlicher Mangel des Komm.-Abg.-G. Unverkennbar ist es auch, warum eine Gemeinde einen Einwohner nicht mehr besteuern soll, wenn er nach einer anderen Gemeinde verzieht, seine Familie aber die bisherige Wohnung noch beibehält. Zahllos sind die Streitigkeiten, die hierdurch entstehen.

Da die Gemeinden an dem Ertrage der Staatssteuer nicht interessiert sind, so nützen namentlich die Landgemeinden ihre Beteiligung an der Veranlagung zu ihrem Vorteil dadurch aus, daß sie das Einkommen ihrer Einwohner zu niedrig schätzen, um diese vor den Staatssteuern zu schützen. Durch unvernünftige hohe Zuschläge hält sich dann die Gemeinde schadlos. Durch dieses Verfahren schließt sie auch einen Teil der Kreisabgaben anderen Gemeinden zu.

Diese Ausführungen beweisen die Nichtigkeit der obigen Behauptung, daß das jetzige Steuerwesen ohne System ist und durch seine weite Verzweigung unnötig hohe Verwaltungskosten verursacht.

Somit aus den Darlegungen des Reichsfinanzministers entnommen werden kann, soll die Organisation der Steuerbehörden von Grund aus verändert werden. Die oberste Stelle ist das Reichsfinanzministerium, dem die Reichsfinanzämter unterstehen. Diese sind gegliedert in drei Abteilungen, je eine für direkte und indirekte Steuern, für Zölle und Vermögensverwaltung. Wie die Organisation der unteren Stellen (Veranlagungsbehörden) geachtet ist, ist noch nicht bekannt geworden. Hoffentlich verfährt man nicht in den Fehler einer zu großen Zentralisation. Möglicherweise wird die Veranlagung in die Hände der Kreisämter mit nicht zu großen Bezirken zu empfehlen. Der Steuerbeamte muß mit den Verhältnissen der Zensiten aus eigener Anschauung möglichst weit vertraut sein. Das Hauptgewicht der Veranlagungstätigkeit muß in die Voreinschätzungs-kommission gelegt werden. Die Ausbildung der Beamten muß so erfolgen, daß sie auch in die Geheimnisse einer Bilanz und Buchführung gründlich einzudringen vermögen. Die Steuerbehörden müssen unabhängige Organe der Kommunalverbände werden. Die Oberbehörden üben die Aufsicht und Kontrolle aus. Bei der neuen Umsatzsteuer hat sich diese Einrichtung aufs beste bewährt. Das Personal ist aus den Reihen der bisherigen Staats- und Gemeindefinanzbeamten zu nehmen. Zu fordern ist auch unbedingt, daß bewährten mittleren Beamten der Aufstieg in höhere Stellen gesichert wird. Überhaupt ist auf die demokratische Ausgestaltung der Steuerverwaltung bis in die höchste Instanz der größte Wert zu legen.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 28. Juli 1919.

m. Der Ortsrat der kath. Frauenorganisationen Bocholts im kath. Frauenbunde Deutschlands hält am Montag abends eine große allgemeine Frauenversammlung im großen Saale des Arbeitervereins St. Paulus ab. Herr Domprediger Susmann wird einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Schulfrage halten. Bei der Wichtigkeit dieses Themas gerade in der heutigen Zeit braucht zu regem Besuch wohl nicht eigens aufgefordert zu werden.

p. Schwere Unglücksfälle. Heute nachmittag um 6 Uhr verunglückte ein junger Mann, der auf der Dinsperloer Chaussee übermäßig schnell auf einem Kraftwagen fuhr und einem ihm begegnenden Fußgänger nicht schnell genug ausweichen konnte, so unglücklich, daß seine sofortige Aufnahme im Krankenhaus erfolgen mußte. Dem Unglücklichen drang bei dem Zusammenstoß mit dem Fußgänger, er prallte gegen ein Rad des Wagens, der Handgriff der Lenkstange tief in den Unterleib. Sein Zustand ist bedenklich. Der Verunglückte hatte nicht die polizeiliche Erlaubnis zur Benutzung des Kraftwagens u. war weder im Besitze eines Führerscheins noch der erforderlichen Zulassungsbefreiung.

p. Festnahme. Der Polizei ist es gelungen, den Fahrraddieb festzunehmen, der vor einigen Wochen ein vor dem hiesigen Krankenhaus stehendes Fahrrad entwendete. Bekanntlich wurde dem Diebe das Fahrrad durch den Sohn des Bestohlenen wieder abgekauft. Auf Grund der Beschreibung wurde der Täter erkannt und festgenommen. Der Dieb hat die Tat eingestanden.

o. Kriegsgefangenenheimkehr. Um die wirtschaftliche Lage der rückkehrenden Gefangenen schon jetzt prüfen und regeln zu können, ist unter Mitwirkung des Volksbundes für die Kriegsgefangenen bei der Fürsorgestelle „Kriegsgefangenenheimkehr“, die sich bekanntlich beim Volksfahrtsamt befindet, eine Kartothek angelegt worden. Diese gibt über die militärischen und persönlichen Angelegenheiten des Gefangenen, seinen Beruf und früheren Arbeitgeber sowie die wirtschaftliche Lage seiner Angehörigen Auskunft. Auf Grund dieser Unterlagen kann die „Kriegsgefangenenheimkehr“ jedem Gefangenen sofort mit Rat und Tat zur Seite stehen. Angemeldet wurden als gefangen bisher 321 Bocholter, darunter 79 Verheiratete. Die Ortsgruppe Bocholt des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat vorläufig 10,00 M. pro Person aus seinen Mitteln als Beihilfe zur Verfügung gestellt. Auch das Reich hat Mittel angewiesen, um den Zurückkehrenden die Lebensgrundlage zur alten Tätigkeit wirtschaftlich zu erleichtern.

p. Ein schwerer Einbruch wurde in der Nacht zum Freitag in einer Fabrik am Nordort verübt. Den Dieben fielen mehrere Kisten mit fertigen Waren in die Hände, die sie über die anstehende Woche zum Abverkauf schafften und dort auf einen bereitstehenden Wagen luden. Der Schaden soll mehrere Tausend Mark betragen. Für die Entdeckung der Täter ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt worden.

p. Fundstücke. Auf dem Fundbüro bei der Postabteilung Zimmer Nr. 3 im Rathaus wurden eine Damenhandtasche, eine gute Peitsche mit Lederriemen und ein Marktbeutel aus blauem Stoff als gefunden abgegeben.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hoffmann, für das Feuilleton S. Temming, für den Redaktions- u. Anzeigenteil Fr. Heggen, sämtl. in Bocholt.

Anordnung.

Auf Grund der §§ 12, 15, 17 der Bundesratsverordnung betreffend die Preisprüfstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September/4. November 1918 (R. G. Bl. S. 607/728) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 6. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 783) wird für den Umfang der Provinz Westfalen folgendes angeordnet:

§ 1. Frühkartoffeln dürfen von Erzeugern und Händlern gegen Entgelt nur an die mit einem schriftlichen Erlaubnisbescheinigen Landrats bezw. Oberbürgermeisters, in dessen Kreise der Erwerb erfolgt, veräußerten Aufkäufer abgegeben und auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Schiffen nur auf Grund von Frachtbefehlen der Westfälischen Handelskammer für Kartoffeln und sonstige Landesprodukte e. G. m. B. in Dortmund, Nordstraße 46, verladen werden.

§ 2. Die zugelassenen Aufkäufer sind berechtigt, in sämtlichen Kreisen der Provinz, für die sie Erlaubnisbescheinigen der zuständigen Landrats bezw. Oberbürgermeisters erhalten haben, Frühkartoffeln anzukaufen.

§ 3. Der Erlaubnisbeschein ist widerruflich und kann jederzeit entzogen werden. Die zugelassenen Aufkäufer haben den Erlaubnisbeschein bei Aufkäufen stets bei sich zu führen und dem Verkäufer vorzulegen. Sie haben ihn den Polizeibehörden und Hilfsorganen der Polizeibehörden auf Verlangen vorzuweisen.

§ 4. Als Frühkartoffeln gelten Kartoffeln, die vor dem 15. September 1919 geliefert werden.

§ 5. Summehandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 6. Diese Anordnung tritt mit dem 15. Juli 1919 in Kraft.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen: gez. Dr. W. u. e. m. i. n. g.

Gedenket der Kriegsgefangenen.

Bekanntmachung.

Österreichische Staatsangehörige welche mit dem unwiderruflich letzten kostenlosen Heimtransport — bei freier Verpflegung während der Fahrt — in die Heimat zurückkehren wünschen, werden aufgefordert, sich

am 8. August 1919, vormittags bis 12 Uhr in Eisen-Ruhr, Hauptbahnhof, Wartesaal IV. Klasse, einzufinden.

Ein Gepäc können nur Koffer, Körbe und Rissen mitgenommen werden.

Die Heimkehrenden können ohne Rüdnigungsfrist das Arbeitsverhältnis lösen, ohne daß seitens der Arbeitgeber Lohnansprüche gemacht werden dürfen. Borken, 28. Juli 1919.

Der Landrat.

Schuhputz I a

versetzte Wachsware empfiehlt

Herrn. Schmitz, Bocholt

Eine Partie junger

Dicke rote

Schweine

Johannisbeeren

empfehlen

Obstplanlage Behnen.

Wwe. Joh. Niehaus,

Dingden, Dorf.

Ein

Rind

Johanniszweheln,

zum Pflegen in prima

trockener Ware empfiehlt

Gärtnerei Anton Kemmen,

Nordwall

Gebr. Wiese,

Bocholt, Nordwall 6

unterhalten stets großes

Lager in

Flur- u. Wandplatten.

E. Schmitz,

Bocholtstraße 18.

300 Mark Belohnung

demjenigen, der mir den Verbleib der in der Nacht vom Freitag auf Samstag bei mir gestohlenen 6 Stück grauen, 1 Stück weißer Biber, 1 Stück gestreiften Hemdenknauf, 2 Stück roten Kessel nachweist und die Diebe zur Anzeige bringt.

R. ten Hompe.

Den geehrten Bewohnern von

Anholt und Umgebung zur

Kenntnis, daß ich mein

Damen- und Herren-Friseur-Geschäft

vom Markt zur Schloßstraße (Ecke

Niederstraße), in das Krämersche Haus

verlegt habe und bitte um geneigten

Zuspruch.

Halte mich bei Anfertigung sämtlicher

Haararbeiten

in feinsten Ausführung bestens empfohlen. Für

Haarausfall nach Grippe speziell Haarwasser.

Haarzöpfe in garantiert reines Naturhaar von

25 Mark an.

Ferner reiche Auswahl in allen

Toilette-Artikeln wie:

Bürsten, Kämmen, Parfümerien, Zahn-

Nagel- und Hautpflege.

Reparaturen an Haarschmuck wird

innerhalb 24 Stunden ausgeführt.

Theo Greffkes.

Achtung!

60 Arheilshosen

Stück 7 M.

eingetroffen, teils reparatur-

bedürftig.

Heinrich Wening,

Schneidermeister.

Alte, Neustraße 23.

Eine

Handlarre

zu verkaufen.

Näheres bei Jos. Hein-

rich, Alte.

1 Paar elegante neue

Damen-

stiefel

Nr. 38, zu verkaufen.

Osterstraße 53.

Spinnräder,

Kammer - Gaspeln

Hoga, Drehschleifer,

Neustadt i. Holst.

Unfehlbar

mit Angehörigen, wie

Alte, Kasse, Wangen,

Schwaben, Kufen etc.

verfertigt durch unsere

Spezialprapare.

Gehr. Steiner,

Drogerie

zum weißen Kreuz.

Heinrich 257. Gehr. 1908

Urinflaschen

empfehlen die

Dr. med. Bruns

Rheumatismus-

Lenden wird bestimmt

sof. gehoben (auch in Bl.

Fällen) durch die neue Er-

findung Rheuma-Radikal.

Aerzt. empfohlen; Hgl.

Eingang von Dankschre-

ibriefen. Originalfasc. M. 14,75.

Erhältl. u. a. in den Apo-

theken Bochohlt u. Rhede

wo noch nicht, wende man

sich an den Generalvertrieb

Firma Theodor Moser,

Josefskirchplatz 6, Münster

l. W. 27.

Käselab

und -Farbe

nach in bester Qualität

vorhandl.

Apotheke Riegenburg.

Eine fast neue, schwere

Sattler-

Mähmaschine

hat billig zu verkaufen.

J. Niehaus, Mees,

Bocholt.

